



Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Antizipation des strukturellen und sektoralen Wandels und Umgestaltung der Industriekulturen

Antizipation des strukturellen und sektoralen Wandels und Umgestaltung der
Industriekulturen – auf zu neuen Grenzen des Wiederaufbaus und der Resilienz in den
verschiedenen Teilen Europas
(Initiativstellungnahme)

CCMI/184

Berichterstatter: **Norbert KLUGE**

Ko-Berichterstatter: **Dirk JARRÉ**

www.eesc.europa.eu

DE



www.eesc.europa.eu/facebook



www.eesc.europa.eu/twitter



www.eesc.europa.eu/linkedin



www.eesc.europa.eu/instagram

Beschluss des Plenums	25/03/2021
Rechtsgrundlage	Artikel 32 Absatz 2 der Geschäftsordnung
	Initiativstellungnahme
Zuständiges Arbeitsorgan	Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI)
Annahme in der CCMI	10/11/2021
Verabschiedung im Plenum	08/12/2021
Plenartagung Nr.	565
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	143/1/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1.1 Die Treibhausgasemissionen in Europa sollen bis 2030 um 55 % im Rahmen eines „gerechten Übergangs“ verringert werden, so das ebenso ehrgeizige wie verbindliche Ziel. Bewerkstelligt werden soll dieser Übergang durch die politischen Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten und durch die Unternehmen in Europas Regionen, wo die Menschen leben und arbeiten. Dieses ambitionierte Vorhaben erfordert gerade jetzt gemeinsame Anstrengungen, um die Auswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben zu antizipieren und entsprechende Strategien und Maßnahmen zu konzipieren.
- 1.2 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist überzeugt, dass die aktualisierte Industriestrategie der EU und das von der Europäischen Kommission vorgelegte Paket „Fit für 55“ den „gerechten Übergang“ unterstützen können. Vor diesem Hintergrund begrüßt der EWSA den neuen Klima-Sozialfonds zum Ausgleich sozialer Benachteiligung als Teil dieses Pakets. COVID-19 hat auch gezeigt, dass der Übergang zu einem zunehmend nachhaltigen, digitalen und robusteren Sozial-, Wirtschafts- und Industriemodell beschleunigt werden muss. Der EWSA weist insbesondere darauf hin, dass regionale Gefälle und soziale Ungleichheiten dabei eine wichtige Rolle spielen.
- 1.3 All diese Fragen sind zwar bereits Teil der politischen Agenda (Stichwort Grüner Deal, Kreislaufwirtschaft, gerechter Übergang, Strukturprogramme usw.), werden jedoch nicht mit einem Gesamtkonzept angegangen. Der EWSA empfiehlt daher, die Erfahrungen aus verschiedenen Politikbereichen, Ländern und Regionen mit ihren Unterschieden und Besonderheiten zu berücksichtigen.
- 1.4 Die Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen ist eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wettbewerb. Dabei muss im Hinblick auf eine gemeinsame Gestaltung des Prozesses dem sozialen Dialog zwischen den Sozialpartnern und dem zivilen Dialog Rechnung getragen werden. Dies sollte die Herausbildung einer Reihe von führenden EU-Unternehmen begünstigen, was wiederum die wirtschaftliche Souveränität der EU stärken würde.
- 1.5 Es wird keinen „Grünen Deal“ ohne integrierten „sozialen Deal“ geben¹. Daher spricht sich der EWSA für eine entschlosseneren Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte aus². Sie gilt als Richtschnur der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei der Abfederung der sozialen Auswirkungen des industriellen Wandels. Den Rahmen dafür bilden im Wesentlichen der soziale Dialog und die Tarifverträge als Grundlage für Unternehmensentscheidungen, bei denen die Arbeitnehmer angemessen informiert und ihre Interessen durch Konsultation und gegebenenfalls durch Beteiligung an den Aufsichts- und Leitungsorganen des Unternehmens berücksichtigt werden.

¹ Kein Grüner Deal ohne sozialen Deal, Stellungnahme des EWSA, verabschiedet auf der Plenartagung am 9./10. Juni 2021, [ABl. C 341 vom 24.8.2021, S. 23](#).

² Hier wird insbesondere auf die drei Kernziele verwiesen, nämlich, dass bis 2030 mindestens 78 % der 20- bis 64-Jährigen einer Beschäftigung nachgehen, mindestens 60 % aller Erwachsenen jedes Jahr an Fortbildungen teilnehmen und die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen verringert wird.

- 1.6 Der EWSA weist darauf hin, dass wirtschaftliche und ökologische Erfolge in erster Linie dort erzielt und umgesetzt werden, wo die Menschen leben. Hier werden die Herausforderungen des Klimaschutzes antizipiert und die einschlägigen Maßnahmen gemeinsam gestaltet. Und hier kommen neue Ideen auf, die auf industrieller Ebene zu weltmarktfähigen Produkten und Dienstleistungen weiterentwickelt werden.
- 1.7 Die in der neuen Industriestrategie der EU konzipierten und auf dem europäischen Industrieforum diskutierten Wege für den Übergang bieten den Bürgerinnen und Bürgern der EU Unterstützung und Orientierungshilfe. Die Ausgangspunkte auf regionaler Ebene sind jedoch ganz unterschiedlich, und zum Erreichen des Gesamtziels sind unterschiedliche Strategien erforderlich. Der EWSA fordert die Europäische Kommission daher auf, dieser unterschiedlichen Bedarfslage bei der Festlegung des Rahmens und der Bewertung der EU-Industriestrategie besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Nur so kann flexibel auf regionale und sektorale Bedürfnisse reagiert werden.
- 1.8 Subsidiarität muss unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, inwieweit sie eine starke Ressource für einen „gerechten Übergang“ schaffen kann. Die Regionen und Ballungsräume sind mit ihren jeweiligen Problemen und Chancen am besten vertraut. Nach Ansicht des EWSA sollten daher die auf EU-Ebene gemeinsam vereinbarten verbindlichen Ziele und Grundsätze der europäischen Industriepolitik klar definiert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umsetzung in den Regionen und Ballungsräumen auf dem Subsidiaritätsprinzip beruhen muss.
- 1.9 An die klima-, sozial- und umweltpolitischen Ziele wird aus sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen heraus und mit unterschiedlichen Fähigkeiten herangegangen. Einigen Branchen und Unternehmen wird das leichter fallen, andere werden auf diesem Weg möglicherweise mehr Schwierigkeiten haben. Schwächere Regionen und bestimmte Branchen benötigen daher besondere Aufmerksamkeit und spezifische Unterstützung. Da das Gesamtziel für die ganze Wertschöpfungskette gilt, sollte der Fokus zunächst auf einer schnellen Wirkungserzielung und weiterreichenden Veränderungen liegen.
- 1.10 Nach Ansicht des EWSA können Unternehmen mit diesem Grundsatz durch den Einsatz engagierter Unternehmer und Manager sowie gut ausgebildeter und qualifizierter Arbeitnehmer zu ihrer wirtschaftlichen und nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit zurückfinden. Dabei spielen die KMU eine wichtige Rolle. Eine Agenda für Humanressourcen ist dabei Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang der Unternehmen.
- 1.11 Die Mitgliedstaaten sollten mit logistischer und finanzieller Unterstützung der Europäischen Union die struktur- und prozessorientierten öffentlichen Investitionen durch Dienstleistungen von allgemeinem Interesse verstärken. Ziel ist dabei die kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine industrielle und soziale Entwicklung, die die Kapazitäten der Regionen und Kommunen zur wirksamen Bewältigung der ökologischen, technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen verbessern kann.
- 1.12 Nach Auffassung des EWSA sollte die industriepolitische Strategie der EU die zunehmende Armut und Ungleichheit antizipieren und ausgleichen, da der Grüne Deal mit einem integrierten „sozialen Deal“ einhergehen muss. Daher sollten die Mittel dorthin fließen, wo sie am

dringendsten benötigt werden. Die EU muss im Rahmen einer umfassenden Nachhaltigkeitspolitik mehr für Gerechtigkeit und Teilhabe an der Wirtschaft zum Nutzen der Menschen und Regionen tun³. Das gesellschaftliche Leben und die Arbeitswelt in Europa sollten dem Anspruch gerecht werden, die Nachhaltigkeit auf der Grundlage eines inklusiven und tragfähigen Wachstums, guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit zu stärken.⁴

- 1.13 Der EWSA unterstützt den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, die der verschwenderischen Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen ein Ende setzt und internationale Abhängigkeiten verringert. Dies sollte auch ein wesentlicher Bestandteil der Industriestrategie der EU sein. Es geht also darum, die Rahmenbedingungen zu ändern, um Wettbewerbsvorteile für Unternehmen zu schaffen, die nach den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft arbeiten.

2. Ein gerechter Übergang als Chance für industrielle Erholung und Wachstum

- 2.1 Der Grüne Deal hat die klare und politisch verbindliche Zielstellung, die Treibhausgasemissionen in Europa bis 2030 um 55 % zu verringern. Zur Umsetzung dieses Ziels schlug die Europäische Kommission im Juli 2021 das Maßnahmenpaket „Fit for 55“ vor. Die Ziele lassen keinen Interpretationsspielraum mehr zu. Es gilt, durch ein faires Welthandelssystem sicherzustellen, dass die Unternehmen die Vorgaben des Grünen Deals erreichen und trotzdem international konkurrenzfähig bleiben. Dazu gehört ein grenzübergreifende und transkontinentales CO₂-Ausgleichssystem. Damit werden Anreize für Handelspartner geschaffen, sich dem Kreis der Länder anzuschließen, die den Belastungsgrenzen unseres Planeten Rechnung tragen.
- 2.2 Die EU mit ihrem vergleichsweise strengen Umweltrecht gerät zunehmend unter den Wettbewerbsdruck von Drittländern mit laxen Umweltschutzvorschriften. Diese globalen Entwicklungen dürfen nicht zu einem Umweltdumping führen.
- 2.3 Die globale Situation könnte einen Entwicklungsschub für neue nachhaltige Technologien auslösen, wobei Europa auf seinen Stärken aufbauen sollte. Dazu gehört seine Fähigkeit, inkrementelle und bahnbrechende Innovationen einzuführen, um Produkte auf den Weltmarkt zu bringen, die traditionelle Kompetenzen zur Bewältigung neuer Herausforderungen nutzen. Dazu müssen Art und Ausmaß des Wandels sorgfältig und zukunftsweisend antizipiert werden und die öffentlichen und sozialen Dienstleistungen zur Bewältigung sozialer Probleme wie zunehmende Armut, Obdachlosigkeit, Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen und Minderheiten, geringere Chancen für Frauen und Mangel an Bildungsmaßnahmen für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wesentlich ausgebaut werden.
- 2.4 Aus einer statischen Analyse könnte man schließen, dass ein Handeln gemäß dem europäischen Grünen Deal zumindest kurzfristig Wettbewerbern in Ländern mit niedrigeren Klimaschutzzielen einen Kostenvorteil gegenüber europäischen, bereits im Wandel begriffenen

³ Vorschläge des EWSA für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Krise, 11.6.2020, [ABl. C 311 vom 18.9.2020, S. 1](#).

⁴ Entschließung des EWSA zum Arbeitsprogramm 2022 der Europäischen Kommission, 9. Juni 2021, [ABl. C 341 vom 24.8.2021, S. 1](#).

Unternehmen verschaffen würde. Eine Analyse aus dynamischer Perspektive jedoch würde deutlich zeigen, dass die Unternehmen Anreize für inkrementelle Innovationen erhalten, wenn sie ihre Produktionssysteme energieeffizienter machen, auf erneuerbare Energiequellen umstellen und entsprechende Innovationen einführen. Die EU ist zwar ganz klar Vorreiter bei der wirksamen Bekämpfung der Klimakrise, doch für die rasche Umstellung auf erneuerbare Materialien benötigen wir eine entschlosseneren Einführung der Kreislaufwirtschaft und mehr Widerstandsfähigkeit in Bezug auf Rohstoffe. Der entsprechende Übergang kann nur dann erfolgreich gemeistert werden, wenn die soziale Dimension dieses Prozesses angemessen berücksichtigt wird. Die im Pariser Klimaschutzübereinkommen und in den Leitlinien der IAO für einen gerechten Übergang⁵ enthaltenen einschlägigen Grundsätze bieten diesbezüglich eine Richtschnur. Diese Grundsätze für einen gerechten Übergang dienen somit als Kompass für die Aufbaumaßnahmen. Sie sehen klar vor, dass die Achtung der Menschenrechte und sozialen Rechte sowie der demokratischen Werte und der Rechtsstaatlichkeit mit dem Ziel, niemanden zurückzulassen, in der Verantwortung aller Interessenträger liegt.

- 2.5 Das Ausmaß dieser Veränderungen und die Lehren vergangener Transformationsprozesse legen nahe, dass dies ein Prozess der gemeinsamen Gestaltung sein muss, an dem Politiker, Behörden, Sozialpartner, Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen der EU und in den Unternehmen mitwirken. Die bisher verborgenen Kreativität- und Innovationspotenziale der Menschen in Europa müssen erschlossen werden, um Lösungen für die anstehenden Herausforderungen zu finden. Ideenvielfalt ist in allen Wirtschaftsbereichen eine wertvolle Quelle für Innovationen, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt erheblich vorantreiben werden.
- 2.6 Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass wirtschaftliche und soziale Veränderungen immer dann erfolgreich und dauerhaft sind, wenn die Ziele und die Verantwortlichkeiten der einzelnen am Wandel beteiligten Akteure in einer detaillierten Strategie klar und genau festgelegt sind und das gesamte Projekt von den großen gesellschaftlichen Kräften mitentschieden, mitunterstützt und mitgetragen wird. Deshalb müssen die politischen Kräfte, die Akteure der Wirtschaft und die Zivilgesellschaft in einem Rahmen mit einem wirksamen sozialen Dialog, Tarifverträgen, Informationsaustausch, Konsultation und realer Beteiligung an den Entscheidungs- und gemeinsamen Gestaltungsprozessen zusammenwirken.
- 2.7 Der soziale Dialog zwischen den Sozialpartnern und der zivilgesellschaftliche Dialog der gesellschaftlichen Interessenträger können somit eine besonders wichtige Rolle für den Ausgleich sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Interessen spielen. Daher ist die konkrete Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte unerlässlich.
3. **Regionen sind nicht nur Ökosysteme – in ihnen arbeiten und leben die Menschen und hier wird der sozioökonomische Wandel antizipiert**
 - 3.1 Die Europäische Kommission räumt in ihrer Mitteilung über die neue Industriestrategie der EU ein, dass die COVID-19-Pandemie sich ganz unterschiedlich auf die einzelnen Ökosysteme

⁵ https://www.ilo.org/global/topics/green-jobs/publications/WCMS_432859/lang-en/index.htm.

auswirkt. Als Folge der Krise haben Entwicklungen wie die Digitalisierung und Dekarbonisierung mehr Fahrt aufgenommen. Gleichzeitig droht eine wachsende Kluft zwischen den Regionen aufgrund des Wirtschaftsgefälles und der unterschiedlichen Ressourcen für Investitionen in den industriellen Wandel. Daher muss diesen unterschiedlichen Auswirkungen im Rahmen des Industrieforums und der vorgesehenen Wege für den Übergang unbedingt Rechnung getragen werden.

- 3.2 Gute Beschäftigungs- und Einkommensaussichten für die Menschen in den vom industriellen Wandel betroffenen Regionen liegen im Interesse der europäischen Zivilgesellschaft. Im Hinblick auf dieses Ziel brauchen wir ein Verständnis für die unterschiedlichen Ausgangspunkte der einzelnen Regionen und dafür, wie bestehende industrielle Kompetenzen positive Wechselwirkungen hervorbringen können. Die Integration in weltweite Wertschöpfungsketten und insbesondere die verschiedenen Aspekte, die zu solchen Wertschöpfungsketten beitragen, spielen dabei eine wichtige Rolle. Der Ökosystemansatz der Europäischen Kommission beruht auf einem makropolitischen Konzept, bei dem alle Wirtschaftszweige global eingestuft werden. Bei diesem Ansatz werden die unterschiedlichen Ausgangssituationen bzw. die wechselseitigen Abhängigkeiten in den verschiedenen Ökosystemen jedoch nicht berücksichtigt. Ein solcher Ansatz wird den Erfordernissen der verschiedenen Regionen kaum gerecht und muss durch eine regionalpolitische Perspektive ergänzt werden.
- 3.3 Die Europäische Kommission entwickelt derzeit Leistungsindikatoren (KPI), mit denen der Erfolg der Industriestrategie der EU aufgezeigt werden soll⁶. Dabei stellt die Kommission derzeit vor allem auf das Wirtschaftswachstum ab und vernachlässigt die Ziele des europäischen Grünen Deals, die Veränderungen, die der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft erfordert, und die soziale Dimension des Transformationsprozesses. In der Industriestrategie der EU müssen die regional vorhandenen industriellen Fähigkeiten, Potenziale und Kompetenzen unbedingt in ihrem Wert anerkannt und in ihrer Bedeutung berücksichtigt werden. Diesem Aspekt ist gebührend Rechnung zu tragen. Sonst könnten ein Tunnelblick auf das Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Maßnahmen und Instrumente dazu führen, dass Klimaziele verfehlt und sich im Zuge des industriellen Wandels bietende Chancen verpasst werden. Auch der Aufbau der Kreislaufwirtschaft könnte dadurch verschleppt werden.
- 3.4 Diese Ungewissheit und Unvorhersehbarkeit müssen bei der Aufstellung und Gestaltung der Industriestrategie und -politik unter diesen Bedingungen eingepreist werden. Die Maßnahmen und Wege können voneinander abweichen und müssen im Interesse der Flexibilität auf individuelle Situationen zugeschnitten werden. Sie müssen auf sämtlichen Kompetenzen beruhen, die innerhalb einer Region oder durch Austausch mit anderen Regionen und Ländern für eine Region verfügbar sind. Es bedarf der Offenheit als wichtige strategische Ressource, um Defizite und den unmittelbaren Handlungsbedarf aufzuzeigen.
- 3.5 Der industrielle Wandel zum Zwecke des Klimaschutzes wird, wenn die Ziele des Grünen Deals in der kurzen verbleibenden Zeit erreicht werden sollen, zu großen sozialen Problemen führen.

⁶ Siehe EWSA-Stellungnahme (INT/935, 2021) zum Thema „Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa“.

Das Problem des Verbrauchs umweltschädlicher Ressourcen muss angegangen und untersucht werden, um eine sozial und gesellschaftlich gerechte Lösung zu finden.

- 3.6 Die Kreislaufwirtschaft trägt positiv zum industriellen Wandel innerhalb der Regionen und entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten bei. Die größte Wertschöpfung findet zwar in den modernsten Industriestandort-Regionen statt, doch an Standorten, wo die Wirtschaft weniger wissensbasiert, jedoch energieintensiv ist, wird das Material produziert und verarbeitet, dass der Kreislaufwirtschaft zugeführt werden kann. Schwächere Regionen können ganz klar stärker von der Kreislaufwirtschaft profitieren und zu wichtigen Akteuren in diesem Bereich werden.
- 3.7 Die Fokussierung darauf, den industriellen Wandel auf regionaler Ebene erfolgreich zu meistern, erfordert eindeutig starke Verbindungen, eine enge Zusammenarbeit und einen Austausch von Kompetenzen mit anderen Regionen, und zwar auch über die Grenzen der EU hinaus. Zu diesem umfassenden System von Interaktionen gehören eindeutig auch regionale KMU, die mit grenzüberschreitend tätigen Unternehmen interagieren.
- 3.8 Die vorhandenen regionalen industriellen Kompetenzen allein reichen im sozioökologischen Wandel nicht aus. Sie können und müssen vielmehr durch Investitionen in Wissen, Ausrüstung und Personal weiterentwickelt werden und können unter den veränderten Bedingungen produktiv werden. Das wird neue Produkte, Dienstleistungen, Technologien und Chancen hervorbringen. Dadurch wiederum entstehen wirtschaftlich stabile Unternehmen mit attraktiven Arbeitsplätzen in den Regionen. Genau dieses Ziel muss mit der europäischen Industriestrategie verfolgt werden.
- 3.9 Eine Region wird vornehmlich durch ihr Wirtschaftsgefüge, ihre Unternehmen, ihre Arbeitskräfte, die Kompetenzen der dort lebenden Menschen, ihre FuE-Kapazitäten und die in ihr hergestellten bzw. verarbeiteten spezifischen Produkte definiert. Die industriellen Kompetenzen weisen ein breites Spektrum historisch bedingter Besonderheiten auf.

Liefer- und Wertschöpfungsketten wirken sich auf die verschiedenen Regionen in Europa sehr unterschiedlich aus. Der globale Kontext ist dabei genauso wichtig wie die Organisation in Europa, hat allerdings andere Auswirkungen. Industrie 4.0 und Digitalisierung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien werden sich erheblich, jedoch auch sehr heterogen auf die europäischen Industriebranchen und Volkswirtschaften im Allgemeinen auswirken. In diesem Kontext werden Innovations- und Entwicklungsfonds eine noch wichtigere Rolle bei der Abmilderung regionaler Gefälle spielen.

- 3.10 Unternehmen, die Träger des industriellen Wandels sind, darunter Start-ups und KMU, können ihre Kunden auch von weniger zentral gelegenen Regionen aus erreichen, wo sogar attraktive Arbeitsplätze entstehen können. Vor allem wissensbasierte Unternehmen können weitgehend unabhängig von ihrer Kundennähe zu Wertschöpfungsketten beitragen. Darüber hinaus können Maschinen und Anlagen größerer Werke häufig ferngesteuert werden.
- 3.11 Der Ökosystemansatz der Europäischen Kommission deckt nicht alle relevanten Ebenen und Aspekte ab. In diesem Ansatz haben Prozesse des Wandels, die auch aus regionaler Perspektive gedacht werden sollen, einen hohen Stellenwert, und den Unternehmen, auch aus der

Sozialwirtschaft, wird eine grundlegende Bedeutung für das gesamte politische Vorgehen zuerkannt. Nun gilt es herauszuarbeiten, wie sich dieser Ansatz in den Wertschöpfungsketten ausdrückt und wie die verschiedenen Elemente der einzelnen Ökosysteme mit anderen Ökosystemen korrespondieren.

4. Mögliche Wege für den Übergang in einem Gesamtkonzept für die sozioökonomische industrielle Entwicklung

- 4.1 Innovation wird zwar weithin mit neuen Technologien oder bahnbrechenden Entwicklungen in der wissenschaftlichen Forschung in Verbindung gebracht, doch es gibt auch Möglichkeiten, vorhandene Kompetenzen als Grundlage für bessere oder neue Produkte und Dienstleistungen zu nutzen. Neue Technologien sind mit den bestehenden traditionellen Technologien verflochten. Es gibt weitere klare Beispiele für dieses Ineinandergreifen von etablierten traditionellen Herstellungsmethoden, inkrementeller Innovation und der Modernisierung in der Industrie: die Verwendung neuer und leichterer Werkstoffe aus der Flugzeugindustrie in Kraftfahrzeugen, die Verwendung leichterer Autoteile und die Anwendung der Biotechnologie bei der Entwicklung neuer medizinischer Geräte oder Dienstleistungen.
- 4.2 Moderne IKT-Infrastrukturen sind Triebkräfte, die neue Chancen entstehen lassen und zur Schaffung innovativer und nachhaltiger Lösungen beitragen, die an die regionalen Gegebenheiten anknüpfen. So bieten 3D-Drucker zum Beispiel die Möglichkeit, ein Produkt an einem Standort zu entwerfen und entwickeln und es bei Bedarf an anderen Orten bereitzustellen. Dies trägt dazu bei, die Umweltbelastungen durch den Verkehr zu verringern.
- 4.3 Sozialwirtschaftliche Konzepte, die ein neues Lernen, Wohnen und Arbeiten, alternative Dienstleistungen sowie eine unterstützende Infrastruktur auf lokaler Ebene möglich machen und sie insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und gefährdete Menschen öffnen, können beim sozioökonomischen Wandel eine wichtige Rolle spielen. Das Potenzial dieser Konzepte ist beträchtlich; in Verbindung mit Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichen Interesse, können sie die Akteure der Gesellschaft und der Wirtschaft kompetent und wirksam auf die Anforderungen und Auswirkungen von Innovation und Wandel vorbereiten.
- 4.4 Den öffentlichen Strukturen kommt eine große Verantwortung zu: Sie erbringen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erbringen, die allen Wirtschaftsakteuren zugänglich sind, und schaffen damit die Voraussetzungen für Wandel und Entwicklung.
- 4.5 Dies ist auch Teil der erforderlichen Fortschritte bei den Dienstleistungen von öffentlichem Interesse, z. B. den Weiterbildungseinrichtungen für die notwendige Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte mit dem Ziel, die Qualifikationen der Arbeitnehmer zu erweitern und Unternehmen bei der Bewältigung von Innovation und Wandel zu unterstützen. In der Folge nimmt auch die Bindung der qualifizierten Arbeitskräfte an ihre Region zu, die dann zur Gestaltung des derzeitigen Strukturwandels beitragen, der auch ein ökologischer Wandel ist.
- 4.6 Für energieintensive Industrien gibt es viele gemeinsame Lösungen für die Dekarbonisierung und somit die Möglichkeit gemeinsamer Investitionen (z. B. sauberer Wasserstoff und CO₂-Abscheidung und -Speicherung). Eine stärkere Orientierung am Kreislaufprinzip und

Industriesymbiosen sind ebenfalls wichtige Aspekte bei der Dekarbonisierung der Industrie und der Vorbereitung auf eine Zukunft mit effizienten Unternehmen mit hoher Produktivität.

5. Die Bedeutung regionaler Arbeitsmärkte für die Bereitstellung guter Arbeitsplätze in nachhaltigen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen

- 5.1 Regionen, Unternehmen und ihre Wirtschaftsleistung müssen unter dem Gesichtspunkt ihrer branchenspezifischen Grundkompetenzen und ihrer Arbeitskräfte detailliert analysiert und verstanden werden. Dazu gehören auch Infrastruktur, Standort, Ressourcenausstattung, Unternehmergeist und institutioneller Aufbau. Dies sind die Voraussetzungen für hochqualifizierte Arbeitskräfte und für das Antizipieren künftiger Qualifikationsanforderungen, um einem Mangel (z. B. an Ingenieuren) vorzubeugen.
- 5.2 Kooperationsvorhaben mit Universitäten, unter anderem auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften, und mit Forschungseinrichtungen können entscheidend dazu beitragen, dass neue Chancen in der Wirtschaft entstehen, die neue Arbeitsplätze in etablierten Unternehmen, internationalen Konzernen, KMU und Start-ups nach sich ziehen.
- 5.3 Regionen mit einer Willkommenskultur für Neuankömmlinge und der entsprechenden sozioökonomischen Integrationskraft sind hier im Vorteil.
- 5.4 Wenn die qualifizierten Arbeitskräfte fest in den sozioökonomischen Strukturen verwurzelt sind und sich zu Hause fühlen, zieht die Region mit ihren effizienten formellen und informellen Kompetenznetzen auch dynamische Branchen und Unternehmen mit hoher Wertschöpfung an. Folglich leisten die Arbeitskräfte Entscheidendes für die innovativen industriellen Kompetenzen einer Region, und tragen Modernisierungs- und Transformationsprozesse wesentlich mit.
- 5.5 Die Fähigkeiten und spezifischen Qualifikationen der Arbeitnehmer und deren kontinuierliche Weiterentwicklung können die Grundlage für Umstrukturierungen und sich verändernde Geschäftsmodelle bilden, auch für künftiges Wachstum und neue Märkte. Werden regionale Entwicklungschancen nicht erkannt und genutzt, wandern Arbeitskräfte oft nach und nach ab. Ohne ihre Fähigkeiten und Kompetenzen werden sich die Regionen aber sehr schwer damit tun, die sich im Rahmen des europäischen Grünen Deals bietenden Chancen zu erschließen und zu ergreifen.

Brüssel, den 8. Dezember 2021

Christa SCHWENG

Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses